



Medientyp:	Tageszeitung	Gedruckte Auflage:	221.847
Veröffentlichungsdatum:	04.03.2013	Verkaufte Auflage:	197.269
Seite:	4	Verbreitete Auflage:	199.253
		Reichweite:	689.241

Kenia wird wieder zum Pulverfass

Vor der Präsidentenwahl wächst die Angst vor neuer Gewalt

Am diesem Montag wählen die Kenianer ein neues Parlament und einen neuen Präsidenten. Die Bevölkerung sieht den Wahlen eher mit Sorge als mit Optimismus entgegen. Vor fünf Jahren endete der Urnengang in einem Blutbad. 1400 Menschen fielen Kämpfen rivalisierender Stämme zum Opfer.

VON STEFFEN ROMETSCH

NAIROBI. Laut hupend bahnt sich ein Konvoi aus Lastwagen und Bussen den Weg über die staubige Straße. Zur linken beginnt Kibera, mit einer Fläche von 2,5 Quadratkilometern und geschätzten 700 000 Einwohnern einer der größten Slums der kenianischen Hauptstadt. Zur rechten recken sich am Horizont die Bürotürme des Geschäftszentrums Nairobis empor. Aus großen Lautsprecherboxen donnern Parolen untermalt mit Musik. Der Wahlkampf in Kenia ist auf der Zielgeraden und die beiden Spitzenkandidaten um das Präsidentenamt mobilisieren noch einmal alle Kräfte.

Mehr als 14 Millionen Kenianer sind heute zu gleich sechs verschiedenen Wahlen aufgerufen: Sie sollen ein neues Parlament wählen, neue Gouverneure, die Abgeordneten in den 47 Landkreisen, 47 Senatoren, 47 Frauenvertreter – und vor allem einen neuen Präsidenten. Acht Kandidaten gibt es für das Amt des Staatsschefs, doch das Rennen entscheiden Premierminister Raila Odinga, 68, vom Orange Democratic Movement und der frühere Finanzminister Uhuru Kenyatta, 51, von der Nationalen Allianz unter sich. Der derzeitige Präsident Mwai Kibaki darf laut Verfassung nicht für eine dritte Amtszeit kandidieren.

„Schwierig wird es, wenn es keine klare Mehrheiten gibt“

Karsten Dümmel
[Konrad-Adenauer-Stiftung](#) in Kenia

Vor allem die Kandidatur Kenyattas ist umstritten. Er ist ebenso wie William Ruto – der sich um das Amt des Vizepräsidenten bewirbt – vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt. Die einstigen Konkurrenten, die sich jetzt zu dem republikanisch-nationalen Bündnis zusammengeschlossen haben, sollen ihre Volksgruppen zu den blutigen Unruhen vor fünf Jahren angestiftet haben. Odinga warnte vor möglichen Folgen, sollte Kenyatta die Wahl gewinnen: „Es wird eine große Herausforderung sein, eine Regierung via Skype aus Den Haag zu lenken.“

Internationale Beobachter, aber auch viele Kenianer schauen mit Sorge auf den heutigen Urnengang und die Tage danach. Es ist ein explosiver Cocktail, der sich in dem ostafrikani-

schen Land zusammenbraut: sich blutig bekriegende Volksgruppen, Präsidentschaftskandidaten, die vor dem Weltstrafgericht erscheinen müssen, und Hassreden. Die deutsche Botschaft in Nairobi hat am Freitag noch einmal Vertreter von rund zwei Dutzend Hilfseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen zu einer Krisensitzung zusammengerufen, um alle möglichen Szenarien nach der Wahl durchzuspielen.

Alle im Land sind sich einig: So etwas wie 2007 darf sich nicht wiederholen. Damals war es nach den Wahlen landesweit zu schweren Gewaltausbrüchen mit rund 1400 Toten und Hunderttausenden Obdachlosen gekommen. Das Safari-Paradies, dessen Wirtschaft neben dem Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu großen Teilen vom Tourismus abhängig ist, stand am Rande eines Bürgerkriegs.

Die rund 43 Millionen Einwohner des Vielvölkerstaats sind in mehr als 40 Volksgruppen zersplittert, die über 50 verschiedene Sprachen und Dialekte sprechen. Der Großteil der rund 14,3 Millionen wahlberechtigten Kenianer wählt entsprechend seiner ethnischen Zugehörigkeit.

Noch ist Karsten Dümmel, Leiter des Kenia-Büros der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), zuversichtlich, dass es auch nach Schließung der Wahllokale friedlich bleibt. Viele Kenianer seien die ewigen Kämpfe leid. Seit Wochen sind Sozialarbeiter und Polizeivertreter in den Slums unterwegs, um für friedliche Wahlen zu werben. Um Ausschreitungen zu vermeiden, sollen 80 000 Polizisten zu den Wahllokalen entsandt werden. Landesweit fanden am Wochenende in den Kirchen Fürbittgottesdienste für einen friedlichen Urnengang statt. „Schwierig wird es, wenn es keine klare Mehrheiten gibt, etwa ein Ergebnis mit 50,1 Prozent für den Sieger“, sagt Dümmel unserer Zeitung. „Wir hoffen auf einen Wahlsieger mit mindestens sieben bis acht Prozent Vorsprung.“

Derzeit deutet alles auf einen zweiten Wahlgang hin. Odinga und Kenyatta können laut Umfragen jeweils zwischen 33 und 37 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Im ersten Wahlgang ist eine absolute Mehrheit notwendig. Sollte kein Kandidat diese Hürde nehmen, wird voraussichtlich am 11. April eine Stichwahl stattfinden.



Friedliche Präsidentschaftswahlen – darauf hoffen viele Menschen in Kenia

Foto: dpa

Kenia

